Europas Klimaüberambitionen bedrohen die deutsche Wirtschaft

Das seit Jahren auf Klimakonferenzen vorgetragene Narrativ des Vorreiters bzw. Vorbildes Europa beim globalen Klimaschutz ist bisher ohne nennenswerte Nachahmung geblieben. Kein Land außerhalb Europas - erst recht kein Industrieland – ist Europa gefolgt. Sämtliche für das Weltklima relevanten Emittenten wie China, Indien, die USA oder Russland haben entweder gar keine oder weitaus geringe Reduktionsziele, die kaum über das business as usual hinausgehen und die sie – wenn überhaupt – auch erst deutlich nach 2050 erreichen wollen. Im Ergebnis steigt der weltweite CO2-Ausstoss trotz aller europäischen Bemühungen weiter an (laut UNEP - Emissions Gap Report 2025)

Die einzige messbare Konsequenz dieser unilateralen Klimapolitik ist eine massive Schädigung der Wirtschaft. Seit Jahren sinkt die Reinvestitionsrate der deutschen Industrie; dafür steigt die Zahl der Unternehmen, die aus Deutschland und Europa abwandern, um außerhalb der EU zu wettbewerbsfähigen Energiepreisen und geringeren Klima- und Umweltstandards produzieren zu können. Der von der EU-Kommission entwickelte CBAM-Mechanismus mag seine Fiskalfunktion für die EU-Kommission erfüllen, wird aber aufgrund der zahllosen Umgehungsmöglichkeiten durch ressource shuffling und downstream-Produkte kein level-playing-field für die europäische Wirtschaft schaffen.

Diese Realitäten müssen endlich anerkannt und die sich daraus ergebenen Schlussfolgerungen gezogen werden:

1. <u>Keine Verschärfung der europäischen Klimaziele:</u>

Dazu gehört in einem allerersten Schritt die sofortige Beendigung einer weiteren Verschärfung der europäischen Klimaschutzziele. Die EU-27 waren bereits im Jahr 2023 nur noch für 6% der globalen CO2-Emissionen verantwortlich. Dieser Tatsache muss endlich Rechnung getragen werden. Der Beschluss des Umweltministerrates vom 05.11.2025, ein weiteres Klimazwischenziel von -90% ggü. 1990 bis zum Jahr 2040 erreichen zu wollen, hat jedoch den Reduktionspfad erneut verschärft: Bereits der bestehende lineare Reduktionspfad zwischen 2030 (-55%) und 2050 (Klimaneutralität) führt dazu, dass im Jahr 2040 eine Reduktion von -77,5% ggü. 1990 erreicht würde. Selbst unter Ausnutzung der in Art. 6 des Pariser Klimaschutzabkommens enthaltenen Möglichkeit, max. 5% Zertifikate aus hochwertigen außereuropäischen Klimaschutzmaßnahmen zu nutzen, würde dies den weiteren Druck nicht mindern, da die EU-27 im Gesamtzeitraum von 2031 bis 2050 (20 Jahre!) nur noch eine CO2-Menge ausstoßen dürften, die maximal der Gesamtmenge des Jahres 2023 entspricht. Das Europäische Parlament ist daher aufgefordert, <u>auf den linearen Reduktionspfad zurückzukehren. Der gemeldete EU-Klimabeitrag von -66,25% bis -72,5% (NDC) für 2035 erlaubt mit seiner unteren Grenze auf einen linearen Pfad zurückzukehren.</u>

Konsequenz der erneuten Zielverschärfung wäre es, dass die europäische Wirtschaft, der Verkehr und der Gebäudesektor in den kommenden 15 Jahren bis 2040 nahezu treibhausgasneutral umgebaut werden müssten[1]. Die dazu notwendigen Investitions- und

[1] Das Impact Assessment der EU-Kommission zum 2040-Klimaziel bestätigt, dass bei einem Beschluss von -90% im Jahr 2040 das Cap des ETS 1 für Industrie und Energiewirtschaft bis 2039 und das Cap des ETS 2 für Gebäude und Verkehr bis 2042 auf Null absinken würde.

Betriebskosten müssen die Unternehmen jedoch auf dem globalen Weltmarkt verdienen. Dabei sinkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bereits heute aufgrund der europäischen Energie- und Klimapolitik immer weiter ab. Eine weitere Absenkung des Emissionscaps als maßgeblichen Treiber für den CO2-Preis würde die Abwärtsspirale weiter verstärken. Der EU-Preis ist mit ca. 80 €/t CO2 bereits heute deutlich höher als in den nationalen Emissionshandelssystemen anderer G 20-Staaten. In China werden nur knapp 10 US$/t gezahlt, in Südkorea kaum mehr als 5 US$/t. Die USA haben wie die Staaten der Arabischen Halbinsel überhaupt keinen nationalen CO2-Preis. Dabei entzieht der EU-ETS den Unternehmen das Kapital, das diese für Investitionen in ihre Transformation benötigen. Obwohl die ie deutsche Stahl- und Chemieindustrie im Jahr 2023 mehr als 90% ihrer benötigten Zertifikate kostenlos zugeteilt bekommen haben und weniger als 10% zukaufen mussten, sind sie bereits heute nicht mehr international wettbewerbsfähig und wandern zunehmend aus Deutschland und Europa ab. Dieser Zukaufbedarf wird bis 2034 auf 100% steigen.

2. Versorgungssicherheit wahren

Noch gravierender wäre eine weitere Zielverschärfung aufgrund des deutschen Doppelausstiegs aus Kernkraft und Kohle für die nationale Versorgungssicherheit: Die BNetzA hat im September 2025 in ihrem Monitoringbericht zur Versorgungssicherheit veröffentlicht, dass im Jahr 2028 nur noch 11,6 GW Braunkohlekapazitäten und 7,6 GW Steinkohlekapazitäten im Strommarkt aktiv sein werden. Sollten auch diese Kapazitäten wegen des hohen EU-CO2-Preises noch vor 2030 aus dem Markt gedrängt werden, fehlt der notwendige Ersatz von mehr als 20 GW wasserstofffähigen Erdgaskraftwerken, die bisher immer noch nicht ausgeschrieben sind und daher auch erst deutlich nach 2030 sukzessive in Betrieb gehen werden.

3. Außereuropäische Klimaschutzmaßnahmen besser nutzen und Klimaclub anstreben

Es sollten konsequent alle im Paris Klimaschutzabkommen enthaltenen Möglichkeiten zur Nutzung außereuropäischer Klimaschutzmaßnahmen genutzt werden. Die weiteren Emissionsminderungsmaßnahmen in der EU-27 sind deutlich teurer als Emissionsminderungen in außereuropäischen Staaten. Für die Klimawirkung ist es aber nicht entscheidend wo, sondern wieviel emittiert wird. Mit Emissionsminderungen im Ausland könnten die EU-27 effizient deutlich mehr Klimawirkung bei gleichen Kosten bewirken.

Deshalb sollte die Nutzung hochwertiger außereuropäischer Zertifikate von den 5% auf 10% deutlich ausgeweitet werden. Gleichzeitig könnten hiermit erhebliche Beiträge zum 1,5 Billionen US$-Ziel für die Klimafinanzierung der Entwicklungsländer bis 2035 geleistet werden.

Des Weiteren sollte Europa erklären, seine ambitionierten Klimaziele nur einzuhalten, wenn sich die anderen großen Emittenten wie die USA, China, Russland, Indien, Indonesien, Südafrika und Saudi-Arabien zu ähnlichen Minderungsverpflichtungen bereit erklären, die deutlich über einem business as usual-Pfad hinausgehen. Sie müssen ebenfalls Emissionshandelssysteme für ihre Industrien mit festen Caps einführen, damit eine vergleichbare Kostenbelastung für die Emission von Treibhausgasen gewährleistet ist. Ein globaler Klimaclub der Großemittenten muss das Ziel sein.